

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege  
**Band:** 31 (1937)  
**Heft:** 9

**Artikel:** Die Teilung Palästinas und ihre Alternativen  
**Autor:** Lewy, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-137029>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 13.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Teilung Palästinas und ihre Alternativen.

Die zur Unterfuchung der Palästina-Fragen nach dort entfandte „Königliche Kommission“, unter dem Vorsitz von Lord Peel, hat, wie bekannt sein dürfte, als Ausweg aus der Sackgasse, in die die britische Politik in Palästina geraten ist, die Teilung des Landes und die Bildung je eines unabhängigen jüdischen und arabischen Staates vorgeschlagen. Die Argumente für und gegen diesen Vorschlag wurden in den letzten Wochen in der Weltpresse ausgiebig diskutiert; die Frage, die ja keine nur lokale, sondern internationale Bedeutung hat, würde vielleicht einen noch größeren Raum einnehmen, wenn nicht die gespannte weltpolitische Situation mit den Ereignissen in Spanien und im Fernen Osten die Gedanken so stark in Anspruch nähme. Dennoch wird die Palästina-Frage in den nächsten Monaten noch viel die Öffentlichkeit beschäftigen, da sich die wichtigsten Instanzen (Mandatskommission, britisches Parlament) noch nicht endgültig festgelegt haben und die Frage dem Völkerbundsrat erst zur Behandlung vorliegen wird. Es erscheint daher angebracht, den augenblicklichen Stand der Dinge hier darzustellen und insbesondere zu untersuchen, ob die Teilung wirklich den einzigen Ausweg darstellt, oder ob es Alternativen gibt und welche. (Eine Kenntnis der allgemeinen Palästina-Probleme, wie sie in einer früheren Nummer dieser Zeitschrift<sup>1)</sup> dargestellt wurden, wird hierbei vorausgesetzt.) —

Die erste Reaktion der beiden beteiligten Völker auf die Vorschläge der Kommission war ein emphatisches „Nein!“ von arabischer und jüdischer Seite. Aber während die Araber ihr intransigentes Nein bisher kompromißlos und — nach außen hin — einheitlich aufrecht erhalten, haben die Juden (trotzdem wichtige Gruppen in allen Parteien gegen die Teilung überhaupt und insbesondere gegen die Teilung in der heute vorgeschlagenen Form sind) in den Zürcher Tagungen der Zionistischen Organisation und der „Jewish Agency“ deren Präsidenten, Professor Weizmann, bevollmächtigt, mit der englischen Regierung über die Einzelheiten des Teilungsplanes (genauer: „über die Bedingungen für die Schaffung eines jüdischen Staates“) in Verhandlung zu treten. Jedoch bedeutet das an sich noch keine endgültige Annahme des Teilungsprinzips; die erteilte Vollmacht enthält kein Recht zu Bindungen irgendwelcher Art, und der auf Grund dieser Verhandlungen festgestellte definitive, und, wie man hofft, verbesserte Plan, muß, falls er zustande kommt, einem neu zu wählenden zweiten Kongreß zur endgültigen Entscheidung vorgelegt werden. Wie diese ausfällt, ist noch keineswegs sicher; die endgültige Annahme des Teilungsplanes durch die Juden ist nur dann wahrscheinlich, wenn er entscheidende Verbesserungen gegenüber dem heutigen Projekt bringt; und zwar verlangt man neben kleineren Forderungen in erster Linie den Anschluß der jüdischen Teile Jeru-

<sup>1)</sup> Heft 4, April 1937.

falems an den jüdischen Staat und die Angliederung des in Südpalästina gelegenen, sehr ausgedehnten, bisher kaum bevölkerten, aber kolonifatorisch vielleicht wichtigen „Negeb“-Gebietes. Sollte England, was nicht unmöglich, wenn auch nicht sehr wahrscheinlich, ist, in *beiden* Punkten entgegenkommen, so ist die endgültige Annahme des Teilungsplanes durch die Juden wahrscheinlich; sollte England in bezug auf Jerusalem sich ablehnend verhalten (was ich glaube, da die drei Religionen heilige Stadt nach dem Vorschlag der Kommission in Gänze und für dauernd britisches Mandatsgebiet bleiben soll), so würden die Gegner des Teilungsplanes bei den Juden vielleicht die Oberhand gewinnen. — Aber nehmen wir einmal an, es trete der erste Fall ein, und die Juden stimmten dem Teilungsplan in seiner endgültigen Form, wenn auch schweren Herzens, zu: bedeutet das bereits die Durchführung des Teilungsplanes? — Keineswegs; denn außer dem jüdischen gibt es den nicht minder wichtigen arabischen und — last not least — den englischen Faktor; und außerdem den Völkerbund (Mandatskommission und Völkerbundsrat), der ja theoretisch, wenn auch nicht real, der Souverän Palästinas ist, und in dessen Auftrag England — de jure, aber nicht de facto — handelt; ferner Amerika, das, trotzdem es dem Völkerbund nicht angehört, durch ein besonderes Abkommen mit England (aus dem Jahre 1924) sich das Mitbestimmungsrecht in allen Fragen, die mit einer evtl. Abänderung des Palästina-Mandats verknüpft sind, gesichert hat. Bei dieser Fülle von mitbestimmenden Faktoren ist es nicht leicht, den zukünftigen Gang der Dinge mit einiger Sicherheit vorauszufagen; es soll aber dennoch versucht werden, soweit wie bisher erkennbar, die Haltung der einzelnen Faktoren zu analysieren.

Die Haltung der Juden wurde im Vorhergehenden kurz geschildert. Und was denken die Araber? — Sie lehnen, wie schon oben gesagt, bis jetzt einmütig die Teilung ab; in Wirklichkeit gibt es aber zwei Gruppen, die sich zum mindesten in der Festigkeit ihres Standpunktes unterscheiden: die vorläufig zahlenmäßig größere und einflußreichere steht unter der Leitung des Mufti von Jerusalem, Chadsh Emin Husseim, der ja die Seele des arabischen Widerstandes in Palästina darstellt; solange er als Präsident des Obersten Moslemischen Rates freie und unkontrollierte Verfügung über die großen Mittel des Waqf (Gelder der religiösen Stiftungen) besitzt, wodurch zahlreiche Menschen materiell direkt und indirekt von ihm abhängen, wird es die andere, von dem früheren Bürgermeister von Jerusalem, Nafschahibi, geführte Gruppe nicht leicht haben, sich durchzusetzen. Die Nafschahibi-Gruppe ist an sich gemäßiger und steht in enger Verbindung mit dem von England abhängigen Emir Abdallah von Transjordanien, der seinerseits wieder ein traditioneller Feind des Mufti ist. Abdallah, der sich auf den Königsthron des neu zu gründenden arabischen Staates, der mit Transjordanien zusammengeschlossen werden würde, Hoffnungen macht, hat natürlich hinter den Kulissen alles getan, was in seinen Kräften stand, um das Zustande-

kommen des Teilungsplanes zu fördern; und die Nafschahibi-Gruppe, die in diesem Fall die leitenden Posten besetzen würde, wünscht vielleicht im Herzen die Verwirklichung. Aber weder Abdallah noch die Nafschahibi-Leute können es bei dem herrschenden Terror wagen, ihrer Ansicht offenen Ausdruck zu geben und sie beteuern daher nach außen ihre Gegnerschaft gegen die Teilung (die sie natürlich auch nicht freudig begrüßen; denn ein arabischer Nationalstaat im *ganzen* Lande wäre auch ihnen lieber); dennoch würden sie sich aber wohl damit abfinden, wenn dabei ihre persönlichen und materiellen Aspirationen, die in der arabischen Politik eine noch größere Rolle spielen wie anderwärts, erfüllt würden!

Der Schlüssel der ganzen Lage liegt in der Person des Mufti. Trotzdem der Kommissionsbericht klar und wiederholt seine Mitschuld an den Ereignissen des vergangenen Jahres festgestellt hat und Maßnahmen zur Einschränkung seines Einflusses dringend empfiehlt, ist bisher wenig erfolgt. Zwar wurde die Abhaltung eines vom Mufti geplanten Kongresses in Syrien verboten, wurden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen in den Räumen des „Arab Higher Committee“ in Jerusaleem, dessen kämpferischer Präsident er ist, vorgenommen, aber der Mufti selbst, der seit den letzten Wochen das sakrosankte Gebiet der Omar-Moschee kaum noch verläßt, um dem Zugriff der Polizei zu entgehen, wurde bisher nicht angetastet. Wahrscheinlich halten die Engländer den Zeitpunkt für ein Vorgehen, das möglicherweise Unruhen auslösen würde, noch nicht für gekommen, wollen den Gang der Ereignisse in Genf und London abwarten und die Dinge nach englischer Gewohnheit (*Wait and see!*) noch ausreifen lassen. Vorläufig müssen wir jedenfalls die ablehnende Haltung der Araber, auch wenn sie sich vielleicht noch ändern könnte, als eine Tatsache registrieren. Und ebenfalls haben bis jetzt weder das britische Parlament noch die Mandatskommission viel Enthusiasmus für den Teilungsplan *in der heutigen Form* gezeigt, ohne ihn aber auch endgültig abzulehnen. Das ist verständlich; denn die Durchführung der Teilung ist in fast noch stärkerem Grad, als es das Mandat bisher war, mit einer Fülle von Schwierigkeiten wirtschaftlicher, administrativer, strategischer und politischer Natur verknüpft. Und dies ist der Grund, warum man sich von allen Seiten intensiv bemüht, brauchbare Alternativen an Stelle der Teilung ausfindig zu machen. Denn jede künstliche politische Teilung eines bisher einheitlichen Landes ist ein unnatürlicher und dem normalen Empfinden widerstrebender Vorgang, um wieviel mehr die Teilung des so vielen Menschen in der ganzen Welt teuren Heiligen Landes!

Die Kommission selbst gibt für den Fall der Nicht-Akzeptanz des Teilungsplanes bei gleichzeitiger Fortdauer des Mandats in seiner heutigen Form nur *eine* Alternative: Beschränkung der jüdischen Einwanderung! Und zwar Regulierung nicht wie bisher ausschließlich auf Grund der *wirtschaftlichen* Aufnahmefähigkeit des Landes, sondern außerdem

unter *politischen* Gesichtspunkten bedingte Fixierung der *Gesamteinwandererzahl* pro Jahr auf eine von Zeit zu Zeit zu bestimmende Höchstgrenze. Dieses Prinzip ist bereits jetzt praktisch in Kraft getreten, indem die Einwanderungsziffern für die nächsten Monate auf insgesamt 1000 pro Monat festgelegt wurden, was eine drastische Reduzierung gegenüber den bisherigen Zahlen bedeutet. Gleichzeitig werden eine Reihe anderer Maßnahmen auf dem Gebiet der Verwaltung empfohlen, die hier aufzuzählen zu weit führen würde. Dieser Vorschlag, der die jüdische Kolonisation praktisch zum Stillstand bringen würde, ohne doch die arabischen Wünsche zu befriedigen, ist nach meiner Auffassung nur als Druckmittel gedacht, um die widerstrebenden Völker entweder dem Gedanken der Teilung oder dem einer Verständigung geneigter zu machen. Denn einem solchen Regime würden die Juden sicher, die Araber wahrscheinlich, jede andere Lösung als kleineres Uebel vorziehen.

Aber gibt es denn überhaupt noch andere Möglichkeiten? Ja, und zwar theoretisch sogar eine ganze Reihe, praktisch allerdings nur sehr wenige. — Klar ist, daß in der gegebenen politischen Situation keine Lösung gefunden werden kann, die *beiden* Völkern *alles* gibt, was sie anstreben. Weder werden die Araber also ganz Palästina als autonomen arabischen Nationalstaat (mit jüdischer Minorität) erhalten, und erst recht nicht umgekehrt die Juden den „Judenstaat“ in ganz Palästina (mit arabischer Minorität). Sondern beide Völker müssen, ob sie wollen oder nicht, auf manches verzichten. Dieser Verzicht kann räumlich oder politisch-numerisch sein. Das heißt, um die Frage vom jüdischen Standpunkt aus zu betrachten: die Juden können entweder ihre *gesamten* Hauptforderungen (freie Einwanderung, Majorität und eigener Staat) auf einem *Teilgebiet* Palästinas verwirklichen, oder sie können, bei Nichtzustandekommen der Teilung, im *Gesamtgebiet* Palästinas einen *Teil* ihrer Forderungen erreichen: nämlich, im besten Fall, die Position der nationalen Gleichberechtigung als Staatsvolk, aber verbunden mit einer durch politische Gesichtspunkte bedingten direkten oder indirekten Einwanderungsbefchränkung; im schlechteren Fall aber nicht einmal so viel, da in der bisherigen Diskussion von arabischer und englischer Seite im Falle der Nicht-Teilung zwar die Einwanderungsbefchränkung als feststehend angenommen wird, diese aber bisher keineswegs mit der „nationalen Gleichberechtigung, unabhängig von der Zahl“, sondern mit dem Status als nationale Minderheit, der für die Juden ganz unakzeptabel ist, verknüpft wird. — Vom arabischen Standpunkt gesehen liegt die Situation ähnlich: ihre drei Hauptforderungen (Aufhebung der Balfour-Deklaration, Einstellung der jüdischen Einwanderung, unabhängige arabische National-Regierung), können bei Durchführung der Teilung innerhalb des zu bildenden arabischen Staates, also auf einem Teilgebiet Palästinas, zur Gänze, oder in einem ungeteilten Gesamt-Palästina nur in abgeschwächter Form, d. h. zum Teil durchgeführt werden. — Die Engländer stehen, nach meiner Auffassung zu

Recht, bereits mit dem Churchill'schen Weißbuch vom Jahre 1922, das von der zionistischen Organisation ausdrücklich, wenn auch widerstrebend, als bindende Interpretation der Balfour-Deklaration anerkannt wurde, auf dem Standpunkt, daß die Verpflichtungen der Engländer gegenüber Arabern und Juden von *gleichem* Gewicht sind; diese Auffassung ist nicht nur politisch, sondern auch moralisch zu rechtfertigen, wenngleich es über diesen Punkt viele Controversen gibt. Die Engländer haben diese Auffassung auch heute nicht verlassen, aber weder Araber noch Juden haben ihre alten Hoffnungen auf mehr, wie dieser Konzeption entspricht, endgültig aufgegeben. Der Teilungs-Vorschlag, auf dieser paritätischen Auffassung der Engländer beruhend, behandelt beide Nationen prinzipiell gleich, auch wenn die ihnen zugedachten Flächen in Größe und Beschaffenheit ungleichwertig sind. Der Vorschlag entspringt der Ueberzeugung, daß das Mandat in seiner bisherigen Form, die die entgegengesetzten Forderungen der beiden gleich stark zu berücksichtigenden Völker geradezu hervorruft und sie innerhalb *eines* Territoriums aufeinander prallen läßt, sich als undurchführbar erwiesen hat, und daher eine Aenderung des Mandats und eine räumliche Separierung beider Völker, soweit wie möglich, durchzuführen sei. Die These von der Undurchführbarkeit des Mandates wird von den Juden heftig bestritten. Und sicher hätte Vieles nicht so zu kommen brauchen, wenn das Mandat mehr nach seinem Geist, statt nach seinem Buchstaben gehandhabt worden wäre; worüber noch viel gesagt werden könnte. Aber so, wie die Dinge sich nun einmal entwickelt haben, ist das Mandat in seiner heutigen Form tatsächlich ein schwerer Hemmschuh für die jüdische Kolonisation, die Entwicklung des Landes im Ganzen und nicht zuletzt für die Administration selbst, die bei all ihren Handlungen dauernder Kritik von einer oder beiden Seiten ausgesetzt war und bei der Gegenfätzlichkeit der Wünsche es natürlich nie recht machen konnte, was nicht dazu beitrug, ihren Tatendrang zu steigern! Der Teilungsvorschlag ist aus diesen bitteren Erfahrungen heraus entstanden; er geht von dem Grundgedanken aus, daß die Juden in ihrem Teilgebiet und die Araber im übrigen, größeren Teil Palästinas ein jeder „nach seiner Façon felig werden können“, wenn die hemmenden Vorschriften des bisherigen Mandats kein Hindernis mehr bilden.

Der Gedanke einer verschiedenen Handhabung der Politik in den verschiedenen Teilen Palästinas ist aber weder neu noch notwendigerweise an den Gedanken der Bildung zweier unabhängiger Staaten geknüpft. Der sogenannte „Kantonisierungs-Plan“ ist ebenfalls auf dem Grundgedanken aufgebaut, in den zu bildenden überwiegend jüdischen Bezirken (Kantonen) in erster Linie die jüdischen Gesichtspunkte, in den überwiegend arabischen Distrikten vorwiegend die arabischen Forderungen zu berücksichtigen; er vermeidet die Teilung des Landes, schafft kantonale Selbstverwaltung, erstrebt aber nicht die volle Unabhängigkeit der einzelnen Kantone, da diese durch die Lage der Dinge

zur Zusammenarbeit auf vielen Gebieten in einer Zentralregierung benötigt sind, die ohne überragende Beteiligung der Engländer vorläufig kaum möglich scheint. Der Kantonierungs-Plan bietet manche Vorteile, weshalb die Kommission sich auch eingehend mit ihm befaßt hat; er wurde aber schließlich fallen gelassen, weil er den Aspirationen der Araber auf nationale Unabhängigkeit nicht genügend entsprach.

In allerletzter Zeit ist nun ein weiterer Vorschlag aufgetaucht, der die mittlere Linie zwischen dem Kantonierungsplan, der die Einheit des Landes aufrecht erhält, und dem Teilungsplan, der zwei getrennte Staaten schafft, innehält, und der, wie mir scheint, die beste bisher vorgeschlagene Lösung darstellt. Nach diesem neuen Plan soll die Teilung zwar in Gang gesetzt werden, aber nicht zur sofortigen oder doch möglichst schnellen Bildung zweier unabhängiger Staaten, sondern vorerst nur zur Schaffung zweier Mandatsgebiete „mit verschiedenem Vorzeichen“, die sich dann im Laufe einer längeren Uebergangszeit — je nach dem Zustandekommen oder Nicht-Zustandekommen einer Kooperation zwischen Juden und Arabern — entweder zu Kantonen in einem einheitlichen, binationalen Palästina, oder zu Keimzellen der späteren unabhängigen Staaten entwickeln können. Aus dem Kreise der Mandats-Kommission wurde, soweit bis jetzt bekannt ist, der letztere Weg, verbunden mit der dauernden Internationalisierung der Heiligen Stätten, vorgeschlagen. Sollte sich aber der erste Weg doch noch als gangbar erweisen (was ich glaube), so ständen wir vor dem eigenartigen Phänomen, daß die schon verloren geglaubte Einheit erst auf dem Umweg über die Trennung erreicht werden konnte!

Wenn die Vernunft, (d. h. Verständnis nicht nur für die *eigenen* Notwendigkeiten, sondern auch für die des *Anderen!*) in der Politik eine größere Rolle spielen würde, als es leider der Fall ist, so wäre dieser Umweg und die dadurch bedingte Verzögerung vielleicht nicht nötig; sie ist aber wahrscheinlich unvermeidbar, da eine Einigung zwischen Juden und Arabern in einer „Round-Table-Konferenz“, die die direkte Schaffung eines binationalen Staates mit nationaler Gleichberechtigung beider Völker zum Ziel hat, kaum zu erwarten ist. Denn weder sind die Araber bisher bereit, den Juden mehr wie Minoritäten-Rechte einzuräumen, noch sind die Juden bereit, den für die nationale Gleichberechtigung von ihnen geforderten Preis der freiwilligen Einwanderungs-Beschränkung zu zahlen, wodurch die Furcht der Araber vor der Majorisierung beseitigt werden könnte. Die Juden sind nicht hierzu bereit, trotzdem *praktisch* die Einwanderung so oder so beschränkt werden wird (bei Nicht-Teilung durch politische Höchst-Grenze, bei Teilung — auf längere Sicht gesehen — wegen der verminderten Aufnahmemöglichkeiten eines *Teils* Palästinas gegenüber dem Ganzen!). Diese Haltung ist zwar angesichts der Lage der Juden in Ost- und Mitteleuropa psychologisch verständlich, wird aber dennoch nichts an der harten Tatsache ändern können, daß Palästina nur einen Teil derer, die

dorthin streben, aufnehmen kann, und daß die Erreichung einer Majorität in Palästina *gegen den Willen der Araber* äußerst unwahrscheinlich ist. Es scheint mir, daß die Juden zu Unrecht Erreichung der Majorität mit „Sicherheit“ gleichsetzen. Zwar ist die numerische Zahl der Juden für ihre Sicherheit von sehr großer Bedeutung; aber sogar eine durch irgendeine Konstellation gegen den Willen der Araber erreichte jüdische Majorität in Palästina bietet dennoch keinen Schutz gegen das die jüdische Insel umbrandende Meer arabischer Völker, wenn diese feindlich gesinnt sind. *Wirkliche* Sicherheit kann — wie überall — nur auf freiwilligen Vereinbarungen mit der Basis der Gleichheit und auf Interessenverknüpfung der beiden Völker beruhen. Zur Erreichung einer solchen auf Gleichheit ruhenden Verhandlungsbasis ist eine mögliche Stärkung des jüdischen Sektors in jeder Beziehung, numerisch, wirtschaftlich, politisch (und leider auch militärisch!) bei der realistischen Denkweise unseres arabischen Verhandlungspartners allerdings eine nötige Voraussetzung; daher möchte ich die bisherige jüdische Politik „der Schaffung von Tatsachen“ im Großen als richtig bezeichnen, jedoch mit dem Hinweis, daß die bisherigen Methoden *nicht über ihr Ziel*: Erreichung einer auf Gleichheit ruhenden Verhandlungsbasis, hinausgeführt werden dürfen; und von diesem Ziel sind die Juden auf Grund ihrer numerischen und dynamischen Stärke nicht mehr weit entfernt, wofür ja die Intensität des arabischen Widerstandes und die Vorschläge des Peel-Berichtes der beste Beweis sind.

Zusammenfassend kann Folgendes gesagt werden: Jede auf Vereinbarungen zwischen Juden und Arabern beruhende Lösung, die einen dauerhaften Frieden und eine Kooperation zwischen den beiden Völkern gewährleistet, ist einer von außen auferlegten Lösung vorzuziehen. Die Juden tun gut, *nicht ein Maximum*, sondern das für die Durchführung und Sicherung der kolonialisatorischen und kulturellen Ziele des Zionismus erforderliche *Minimum* an Staatlichkeit anzustreben. Dieses ist im binationalen Staat mit nationaler Gleichberechtigung beider Völker enthalten. Ist dieses Ziel auf direktem Wege, wie wahrscheinlich, heute noch nicht erreichbar, so ist ein Übergangsregime in Richtung auf die Kantonisierung zu begrüßen. Sollte auch dann unglücklicherweise noch immer keine Verständigung erzielt werden, bleibt die endgültige Teilung mit Errichtung eines selbständigen jüdischen und eines arabischen Staates als letzter Ausweg.

Hoffen wir, daß die beteiligten Körperschaften und Völker die nötige Klarheit besitzen werden, um die Dinge zu sehen wie sie sind; daß sie genug Gerechtigkeitsgefühl haben werden, um die Lösung der schwierigen politischen Fragen Palästinas auf *Recht* und nicht auf Macht zu gründen; und daß sie genug Festigkeit und Glauben besitzen werden, um den einmal als recht erkannten Weg trotz aller Gefahren und Hindernisse unbeirrt bis zum Ende zu gehen!

Ernst Lewy